

07.12.2010 - 10:02 Uhr

Verpasste Chance für die Verlagerung - zur Haltung des Urner Regierungsrates betreffend Sanierung des Gotthard-Strassentunnels

Altdorf (ots) -

Die Alpen-Initiative begrüsst den Entscheid der Urner Regierung, die Volksinitiative der JSVP abzulehnen, die eine zweite Röhre am Gotthard fordert. Doch auch der Vorschlag des Regierungsrates mit einer Ersatzröhre gefährdet die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Nach Eröffnung des Basistunnels ist die Eisenbahn in der Lage, den gesamten erlaubten Strassenverkehr zu übernehmen.

Es ist naiv anzunehmen, der Bund würde eine zweite Röhre bauen und die alte sanieren, ohne nachher auch beide Röhren auf allen vier Spuren zu nutzen. Eine Zustimmung des Kantons Uri zu einer zweiten Röhre wäre ein verheerendes Signal nach aussen gewesen. Der Bund müsste annehmen, dass es dem Kanton mit der Forderung nach einer Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene nicht mehr ernst ist. Die EU wiederum würde den Bau einer zweiten Gotthardröhre als Einladung interpretieren, beim alpenquerenden Güterverkehr auf die Strasse statt auf die Schiene zu setzen. Ohne Verlagerungspolitik drohen dem Kanton Uri - und dem Kanton Tessin - aber innert kurzer Zeit eine Verdoppelung der Lastwagen und Verhältnisse wie am Brenner, wo die Sattelschlepper in fast ununterbrochener Kolonne über den Berg fahren - mehr als zwei Millionen pro Jahr.

Ebenso untauglich wie die Volksinitiative der jungen SVP ist der Vorschlag des Urner Regierungsrates für eine "Ersatzröhre". Wer gibt die Garantie, dass nicht schon während dem Bau der zweiten Röhre die Sanierung der ersten Röhre nachgeschoben wird? Bei zwei gebauten Röhren wird der politische Druck, diese beiden Tunnels voll zu nutzen, immens sein. Zudem löst dieser Vorschlag genauso wie die Initiative weder das Sicherheits- noch das Stauproblem. Auch ist nichts für die Verlagerung getan.

Die Alpen-Initiative hat bereits aufgezeigt, dass mit einer Rollenden Strasse für den Schwerverkehr im Basistunnel und einem Autoverlad im heutigen Eisenbahntunnel Göschenen-Airolo genügend Kapazitäten vorhanden sind, um während der Sanierung den gesamten Personenverkehr und die erlaubte Anzahl Lastwagen aufzunehmen. Wird nach der Sanierung ein Lastwagenverbot im Strassentunnel verhängt und die Rola im Basistunnel als Alternative aufrecht erhalten, so verkürzt sich die befürchtete Sperrzeit wesentlich, weil die Sanierung viel einfacher wird. Vor allem aber wird damit die Kapazität des Gotthards für den Schwerverkehr beschränkt, wie es Verfassung und Gesetz seit 1994 festschreiben. Die Alpentransitbörse könnte eingeführt und das Verlagerungsziel von maximal 650'000 Lastwagen pro Jahr fristgerecht bis 2018 erreicht werden.

Das Konzept der Alpen-Initiative entspricht dem vom Schweizer und vom Urner Volk mehrmals bestätigten Willen, den alpenquerenden Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern und auf den Ausbau der alpenquerenden Transitstrassen zu verzichten. Die repräsentative Umfrage des Instituts Link vom Oktober 2010 bestätigt die

Stossrichtung der Alpen-Initiative: 79% wollen die Güter auf der Schiene, und 67% befürworten eine LKW-Fahrverbot im Gotthard-Strassentunnel, wenn dem Schwerverkehr im Basistunnel eine Rollende Strasse als Alternative angeboten wird.

Gleichzeitig wird mit diesem Konzept auch der wesentliche Risikofaktor im Gotthard-Strassentunnel - brennende Lastwagen - definitiv eliminiert. Überdies werden die Staus kürzer und seltener, weil das durch den Schwerverkehr nötig gewordene Dosiersystem aufgehoben werden kann. Die A2 wird damit zwischen Erstfeld und Biasca zu dem, was Bundesrat Hürlimann 1980 bei der Eröffnung des Strassentunnels versprach: eine Touristenstrasse ohne Schwerverkehr - zum Nutzen der Umwelt, der AutofahrerInnen und der einheimischen Wirtschaft.

Link zur Studie der Alpen-Initiative:

<http://www.alpeninitiative.ch/d/Dossiers-Details.asp?offset=25&ID=355>

Kontakt:

Fabio Pedrina, Präsident Alpen-Initiative, Nationalrat, 079 249 29 42
Alf Arnold, Geschäftsführer, 079 711 57 13

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100002430/100615597> abgerufen werden.